

Nach Kindesentführung: Grüne fordern Prüfung der Heimaufsicht in Regensburg

Die Entführung eines Kindes aus Regensburger Schutzhaus beschäftigt den Landtag. Fragen zur Sicherheitslage und Heimaufsicht gestellt.

Eine besorgniserregende Situation hat sich in einem Regensburger Schutzhaus für Kinder und Jugendliche ergeben, nachdem ein Kind aus dieser Einrichtung entführt wurde. Diese alarmierende Nachricht hat nun auch die politische Bühne betreten, da der Landtagsabgeordnete Jürgen Mistol von den Grünen eine umfangreiche Anfrage an die bayerische Staatsregierung gerichtet hat. Die Vorstellung, dass ein Kind in einer Einrichtung für schutzbedürftige Jugendliche entführt werden konnte, wirft ernsthafte Fragen auf.

Die Entführung ereignete sich im Frühjahr dieses Jahres, als ein Vorschulkind, das im Michlstift untergebracht war, plötzlich in die Obhut eines Täters geriet. Dieser gab sich als Onkel des Kindes aus. Die Behörden reagierten schnell und konnten sowohl den entführten Jungen als auch den Täter in Tschechien fassen. Glücklicherweise wurde das Kind wohlbehalten aufgefunden. Dennoch wirft der Vorfall ernsthafte Fragen zur Sicherheit und den Arbeitsabläufen in solchen Einrichtungen auf.

Nachlässigkeit bei Sicherheitsvorkehrungen

Ein zentraler Punkt, der bei der Untersuchung in den Vordergrund gerückt ist, betrifft die Sicherheitsvorkehrungen im Michlstift. Die Zugänglichkeit des Gebäudes ist offenbar ein erheblicher Faktor, der zur Entführung beigetragen hat.

Tagsüber ist das Schutzhaus ohne nennenswerte Sicherheitsmaßnahmen für Unbefugte zugänglich. Trotz mehrfacher Forderungen von Mitarbeitenden des Michlstifts nach einem Pförtner, um den Zugang zu kontrollieren, wurde dies von der Stadtregierung bislang nicht umgesetzt. Stattdessen wurde ein Sicherheitsdienst, der bis Ende 2023 eingesetzt war, aufgrund finanzieller Einschränkungen abgebaut.

Die Streitigkeit über die Sicherheitslage hat die Stadt Regensburg in eine defensive Position gebracht. Auf eine Anfrage zur Situation antwortete die städtische Pressestelle, dass die Umstände als „verantwortbar“ und von der Heimaufsicht genehmigt eingestuft wurden. Diese Einschätzung will Mistol nun ernsthaft überprüfen und stellte eine Liste von 15 Fragen auf, die klären sollen, was die Heimaufsicht wusste und wann sie informiert wurde.

Kritik an den Entscheidungen der Stadt

Die politische Verantwortung liegt nicht nur bei der Heimaufsicht, sondern auch bei der Stadtverwaltung. Bürgermeisterin Astrid Freudenstein (CSU) steht in der Kritik, da Entscheidungen, die zu einer Reduzierung von Sicherheitsmaßnahmen führten, unter ihrem Direktorium getroffen wurden. Stadträtin Theresa Eberlein äußerte sich in einer Pressemitteilung und bezeichnete es als „verantwortungslos“, bei der Sicherheit von Kindern und Mitarbeitenden Einsparungen vorzunehmen. Diese Schäden in der politischen Entscheidungsfindung stellen die Frage in den Raum, ob die Stadt tatsächlich ausreichend und proaktiv für den Schutz der vulnerablen Gruppen im Michlstift sorgt.

In Angesicht der Ereignisse zeigt sich, dass die Heimaufsicht möglicherweise nicht umfassend über die Realitäten im Schutzhaus informiert ist. Während die Aufsicht davon ausging, dass der Zugang zu den Einrichtungen eingeschränkt sei, stand diese Information im Widerspruch zu den tatsächlichen

Umständen, die bei der Untersuchung ans Licht kamen. Ein deutliches Zeichen, dass die Kommunikation und die Verantwortlichkeiten in der Einrichtungen überprüft werden müssen, um solche unerfreulichen Vorfälle in Zukunft zu verhindern. Die gesellschaftliche Verantwortung, die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, sollte an oberster Stelle stehen und nicht unter finanziellen Überlegungen leiden.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de